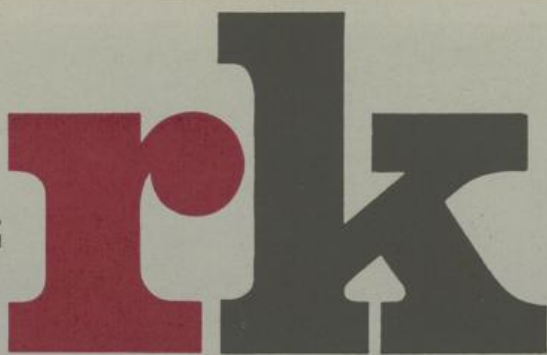


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 24. Jänner 1986

Blatt 175

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:** Wiener Gemeinderat
(rosa) Zufriedenstellender Erfolg der zweiten
Polio-Teilimpfung
Zweite Rampe Reichsbrücke - Donauinsel fertiggestellt
EBS: Vollständige Schlammverbrennung und
Rauchgaswäsche
EBS-Statistik deckt "Umweltsünden" auf
- Lokal:** Semesterferienspiel vom 2. bis 9. Februar
(orange) Neues von gestern im Bezirksmuseum Simmering
In den Semesterferien: Fahrt zum Schnee
- Kultur:** Wiedereröffnung der Secession
(gelb)

Semesterferienspiel vom 2. bis 9. Februar

Utl.: Viel Spaß für Kinder und Eltern

1 =Wien, 24.1. (RK-LOKAL) Die Ferienspielpässe sind längst in den Wiener Pflichtschulen eingelangt und die Ferienspielstationen warten auf ihre Besucher und "Ferienspieler". Rund 30 Stationen bieten Informationen, Feste und viel Sehenswertes im Rahmen dieser Veranstaltung des Wiener Landesjugendreferates vom 2. bis 9. Februar.++++

Neben traditionellen Stationen, wie "Schule - einmal anders", "Hallo Nachbar" und vielen sportlichen Veranstaltungen, gibt es auch heuer wieder neue Angebote. In zwölf Wiener Jugendzentren werden "Freizeitinseln für Kinder" vorbereitet, es gibt Spieltage und im Jugendzentrum 10, Wendstattgasse 3, eine Spielewerkstatt. Die Stationen "Vorhang auf" und "Komm ins Kino" bieten ebenso interessante Programme wie das sportliche Angebot mit Tischtennis, Volleyball, Kegeln, Fußball und Eislaufen. Daneben gibt es genug Möglichkeiten zum "Mitspielen" beim "Kochkurs für Buben und Mädchen", einem Flugmodellbaukurs in der Straßenbahnremise Währing und "Maskeraden" im Haus der Begegnung in der Donaustadt und im Jugendzentrum Meidling.

Zwtl.: Programm der 13- bis 15jährigen

Schon während der letzten Ferienspiele gab es ein Spezialprogramm für 13- bis 15jährige. Schwerpunkt des Semesterferienspiel-Programmes für diese Altersgruppe: Computerkurse, das Kennenlernen von Berufen, eine "Zeitgeschichtsreportage" und Sport. Als Zuckerl ladet das Tanzforum Wien die Jugendlichen im Rahmen einer Station zum "Selbertanzen" unter der Leitung erfahrener Tänzer ein.

Als Preis für das fleißige Mitmachen beim Semester-Ferienspiel können die "Ferienspieler" am letzten Tag des Ferienspiels die Probearbeiten des Zirkus "Artisten-Tiere-Attraktionen" ab 10 Uhr in der Wiener Stadthalle miterleben.

Informationen über die Stationen des Ferienspiels erhält man ab 30. Jänner beim Ferienspiel-Telefon unter 42 800/4100 DW oder beim Ferienspielstand in der Friedrich-Schmidt-Halle des Rathauses. Aktuelle Informationen erhält man auch im Wiener Stadtradios vom 3. bis 7. Februar täglich von 14.50 bis 15 Uhr. (Schluß) je/gg

Neues von gestern im Bezirksmuseum Simmering

Utl.: Neuigkeiten aus der Simmeringer Zeitung 1909 - 1915

2 =Wien, 24.1. (RK-LOKAL) Neues von gestern wird ab Sonntag, dem 26. Jänner, im Bezirksmuseum Simmering am Enkplatz 2 gezeigt:

Gemeinderat Maria PAUL eröffnet um 10 Uhr die Ausstellung

"Verschwundenes und vergessenes Simmering in Wort und Bild -

Bezirksneuigkeiten aus der Simmeringer Zeitung 1909 - 1915". Diese

Ausstellung ist bis 8. April jeweils Freitag von 9 bis 12 und 15 bis

18 Uhr sowie Sonntag von 9 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt zu sehen.

Veranstalter sind der Kulturverein Simmering und "Kultur Elf",

gestaltet wurde die Ausstellung vom Bezirksmuseum Simmering.++++

Bemerkenswert ist auch das Rahmenprogramm zur Eröffnung: Karl

Nagl, der älteste Wiener Werkelmann, wird auf Drehorgeln aus der

Sammlung Otto Geissler musizieren und Kurt Schmidt liest und erzählt

"Heiteres & Besinnliches". (Schluß) and/rr

NNNN

Zufriedenstellender Erfolg der zweiten Polio-Teilimpfung

Utl.: Stacher: Appelle scheinen Anklang gefunden zu haben -

Nächste Woche zwei Nachzüglertermine

3 =Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Als zufriedenstellend bezeichnete Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER den Erfolg der heute, Freitag, offiziell endenden zweiten Kinderlähmungs-Teilimpfung. Die Appelle dürften offensichtlich den erhofften Erfolg gebracht haben, stellte Stacher fest: Das Ergebnis für den gleichen Zeitraum des Vorjahres konnte nahezu erreicht werden, wobei vor allem ein starker Anstieg bei der Personengruppe unter 21 Jahren festzustellen war. Um jenen, die bisher noch keine Zeit gefunden haben, an der zweiten Kinderlähmungs-Teilimpfung teilzunehmen, Gelegenheit dazu zu geben, finden nächste Woche, Dienstag, 28. und Freitag, 31. Jänner, in allen Bezirksgesundheitsämtern Nachzüglertermine statt.++++

Geimpft wird an diesen beiden Tagen in allen Bezirksgesundheitsämtern zwischen 9 und 11 Uhr. Für den völligen Schutz vor der gefürchteten Kinderlähmung sind insgesamt drei Einzelimpfungen notwendig, die dann Sicherheit für zehn Jahre bieten. (Schluß) and/rr

NNNN

Zweite Rampe Reichsbrücke - Donauinsel fertiggestellt

Utl.: Rautner: Verbesserung für Fußgänger und Radfahrer

4 =Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Seit Freitag vormittag kann nun auch die stromabwärts gelegene Rampe von der Reichsbrücke zur Donauinsel benützt werden. Die Bauarbeiten wurden planmäßig abgeschlossen. Die zweigeschossige Rampe ermöglicht es, wie Bautenstadtrat Roman RAUTNER erklärte, daß auf der unteren Ebene Fußgänger und Radfahrer von der Reichsbrücke bequem die Donauinsel erreichen können. Die Asphaltierung der Anschlußwege auf der Donauinsel kann allerdings erst im Frühjahr erfolgen. Das Oberdeck der knapp 10 Meter breiten und 125 Meter langen Stahlbetonkonstruktion dient Einsatzfahrzeugen (Polizei, Rettung und Feuerwehr) und Versorgungsfahrzeugen.++++

Der Bautenstadtrat wies darauf hin, daß die Neigung der Anschlußbrücke nur sechs Prozent beträgt, also auch mit Kinderwagen und Rollstühlen benützt werden kann. Die neue Rampe ist besonders für die Radfahrer interessant, die nun vom Donaukanal-Radweg über die Praterstraße und die Lassallestraße in kurzer Zeit zur Donauinsel gelangen können.

Die stromaufwärts liegende Zu- und Abfahrtsrampe wurde schon im August 1985 in Betrieb genommen. Die Errichtung beider Anschlußbrücken wurde bereits beim Bau der neuen Reichsbrücke berücksichtigt. Schon damals wurden auf der Brücke in beiden Fahrtrichtungen Abbiegespuren vorgesehen, damit der durchgehende Verkehr nicht durch abbiegende Einsatz- und Versorgungsfahrzeuge behindert wird.

Wie Rautner betonte, wurde die Gestaltung der Rampen an jene der Reichsbrücke angepaßt: doppelstöckiger Ausbau, gleiche Randfertigteile, gleiche Geländer und gleiche Beleuchtung. Daher ergibt das gesamte Brückenbauwerk ein einheitliches Bild. Die Kosten für die beiden Rampen, die zusammen 3.200 Quadratmeter Brückenfläche haben, betragen rund 60 Millionen Schilling. Davon wird die Hälfte aus Mitteln des Bundes nach dem Wasserbautenförderungsgesetz zur Verfügung gestellt. (Schluß) sc/rr

EBS: Vollständige Schlammverbrennung und Rauchgaswäsche (1)
Utl.: Ab Herbst kein Schlamm in Donaukanal, ab 1987 Rauchgaswäsche
6 =Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Ein Sofortprogramm für die EBS, das die wichtigsten "Druck- und Schmerzpunkte" in kurzer Zeit behebt, kündigten Vizebürgermeister Hans MAYR und Umweltstadtrat Helmut BRAUN Donnerstag abend in einem Pressegespräch an. Noch bis zum heurigen Herbst sollen durch derzeit in Versuchen laufende Kammerfilterpressen die Voraussetzungen für die vollständige Verbrennung des aus der Hauptkläranlage kommenden Schlammes geschaffen werden. Damit wäre garantiert, so Mayr, daß ab Herbst 1986 kein Schlamm mehr in den Donaukanal und in die Donau geleitet werden müßte - derzeit gehen noch fünf Prozent des Schlammes in den Kanal.

Zweiter Punkt des Sofortprogrammes ist der Einbau einer Rauchgasreinigungsanlage für die Schlammverbrennung und die Sondermüllentsorgung. Hier liegen, so Mayr, beste Erfahrungen aus dem Probetrieb der neuen Anlage am Flötzersteig vor. Die nach dem LAB-System arbeitende Anlage am Flötzersteig wurde nach einer Ausschreibung vergeben - man denkt nun daran, die Anlage in der EBS kurzfristig im Anhängerverfahren zu bestellen. Das Konsortium SGP/Waagner-Biro wird Anfang Februar Angebote für die Rauchgasreinigung in der EBS stellen. Bei einer Vergabe Ende Februar/Anfang März kann die Rauchgasreinigung in der EBS 14 Monate später - also im April/Mai 1987 - in Betrieb gehen.++++

Dritter Punkt des Sofortprogramms ist die Beseitigung der Geruchsbelästigung durch die Hauptkläranlage. Durch Abdeckungen wird man hier Mängel beseitigen. Insgesamt will man durch dieses Sofortprogramm die Gesamtertüchtigung der HKA und der EBS in zwei große Schritte zerlegen, wobei nun in einem ersten Schritt die für Anrainer und den Umweltschutz besonders dringlichen Fragen gelöst werden, erklärte Mayr. (Forts.) sei/rr

EBS: Vollständige Schlammverbrennung und Rauchgaswäsche (2)

Utl.: Versuche für Vollbiologie auf ein Jahr erstreckt

7 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Die quantitative und qualitative Ertüchtigung der Hauptkläranlage (HKA) stehe nun nicht mehr unter dem Zeitdruck wie vor einem oder zwei Jahren, erklärte Vizebürgermeister Mayr weiter. Der Umbau der HKA zu einer Vollbiologie und die Erhöhung des Durchsatzes von 12 auf 24 Kubikmeter/Sekunde könne nun, da ein Kraftwerk unterhalb Wiens sicher nicht so rasch gebaut wird, ohne Zeitdruck erfolgen. Die Versuche - ob Luft-Luft-Biologie oder Luft-Sauerstoff-Biologie - werden jedenfalls bis Ende 1986 erstreckt, da man die Versuche über eine kalte und eine warme Jahreszeit laufen lassen möchte.

Zwtl.: Sofortprogramm kein verlorener Aufwand

Die Maßnahmen des Sofortprogrammes sind kein verlorener Aufwand, sie sind Teile des Gesamtprogrammes, die bloß vorgezogen werden. Im Glaubenskrieg zwischen "Frischschlammvariante" oder "Faulschlammvariante" gehe man zunächst, so Mayr, den Weg der Frischschlammvariante, weil es das einfachere und ausgereifere System sei, es bestehe jedoch die Möglichkeit, das System später mit einer "Faulschlammvariante" zu ergänzen.

Die nunmehrige Vorgangsweise fand bei einer Klausursitzung der Wiener Holding die Zustimmung aller Beteiligten - von den Firmen über den EBS-Beirat bis zu Dipl.-Ing. Hübel, der bei dieser Sitzung auch dabei war.

Umweltstadtrat Helmut BRAUN wies bei dem Pressegespräch darauf hin, daß die für die Sanierung der EBS vorgesehenen Maßnahmen, die auf Vorschlägen des EBS-Beirats basieren, einer internationalen Begutachtung unterzogen worden waren. Der nun getroffenen Lösung wurde vergangene Woche auch im EBS-Arbeitskreis, dem u. a. Wissenschaftler und Mitarbeiter der Kritischen Chemie angehören, zugestimmt, da sie dem technisch letzten Stand entspreche.

Zur Hauptkläranlage wies Braun darauf hin, daß seit langem eine 95prozentige Reinigung erreicht werde - jedoch sind auch die letzten noch fehlenden fünf Prozent um fünf Prozent zuviel. Die Erweiterung auf Vollbiologie stelle einen Beitrag zur Reinhaltung der Fließgewässer dar. (Schluß) sei/hrs/gg

EBS-Statistik deckt "Umweltsünden" auf

8 =Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Die Entsorgungsbetriebe Simmering (EBS) haben im Jahr 1985 aus ganz Österreich 57.100 Tonnen Sondermüll übernommen und entsorgt. Mehr als die Hälfte des Sondermülls, 32.289 Tonnen oder 57 Prozent, kommt aus der Bundeshauptstadt, die restlichen 43 Prozent wurden aus den anderen Bundesländern angeliefert, gab Vizebürgermeister Hans MAYR Donnerstag abend in einem Pressegespräch bekannt.+++

Diese Statistik deckt "Umweltsünden" in einem beträchtlichen Ausmaß auf. Da nur schwer angenommen werden kann, daß in Wien 57 Prozent des österreichischen Sondermülls anfallen, müssen beträchtliche Mengen des gefährlichen Mülls im ganzen Land widerrechtlich "entsorgt" werden. Die genaue Zahl der irgendwo schlummernden Umweltbomben läßt sich nicht abschätzen.

Zwtl.: Mayr schlägt starke Zusammenarbeit vor

Die Statistik zeigt aber auch deutlich, daß die Aufbringung und das Einsammeln des Sondermülls auf eine neue Basis gestellt werden müssen. Entsprechend den Überlegungen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz schlägt Wien für die Ostregion eine eigene Aufbringungsorganisation vor. Man müßte in den drei Bundesländern ein dezentrales Netz von Anlaufstellen für Sondermüll schaffen, vor Ort bereits erste Analysen durchführen und den Sondermüll genau deklariert zur EBS zur Entsorgung bringen.

In dieser Aufbringungsorganisation müßten der Bund und die Bundesländer Wien, Niederösterreich und das Burgenland vertreten sein. Diese Gesellschaft hätte auch das Problem der Sondermülldeponie - die Entsorgung der Rückstände - zu klären. (Schluß) sei/rr

NNNN

In den Semesterferien: Fahrt zum Schnee

9 Wien, 24.1. (RK-LOKAL) Auch in diesen Semesterferien, und zwar vom 3. bis 7. Februar, führt das Sportamt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Verein Wiener Jugendkreis im Rahmen der Aktion "Fahrt zum Schnee" Schifahrten für Kinder und Jugendliche durch. Die Busreisen (Abfahrtsstelle: täglich Rathausplatz, 7.30 Uhr) führen in die schönsten Schigebiete in unmittelbarer Nähe der Bundeshauptstadt. Die Rückkehr ist jeweils für 18 Uhr vorgesehen. Teilnahmeberechtigt sind Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 16 Jahren (80 Schilling Kursgebühr) sowie Begleitpersonen (100 Schilling).

Zwtl.: Kartenausgabe ab 27. Jänner

Die Kartenausgabe für diese Ferienaktion erfolgt am 27. und 28. Jänner von 15 bis 19 Uhr sowie am 29. Jänner von 8 bis 11 Uhr im Sportamt der Stadt Wien, 1, Ebendorferstraße 4, 1. Stock, Zimmer 104. Nähere Auskünfte erteilt das Sportamt der Stadt Wien unter der Telefonnummer 42 800/2799 oder 2733 Durchwahl. (Schluß) hof/gg

NNNN

Wiedereröffnung der Secession (1)

17 =Wien, 24.1. (RK-KULTUR) Am Samstag, dem 25. Jänner, wird das Haus der Wiener Secession mit der Ausstellung "Weltbilder - 7 Hinweise" feierlich wiedereröffnet. In einem Pressegespräch stellten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Kulturstadtrat Franz MRKVICKA, der Präsident der Secession, Prof. Edelbert KÖB, und Architekt Dipl.-Ing. Adolf KRISCHANITZ am Donnerstag das Ausstellungsgebäude nach den ein Jahr dauernden Renovierungsarbeiten der Öffentlichkeit vor. Das 1897/98 von Joseph OLBRICH erbaute Haus wurde in denkmalpflegerischer und bautechnischer Hinsicht saniert, weitgehend dem Originalzustand angenähert, aber auch für einen modernen Ausstellungs- und Veranstaltungsbetrieb adaptiert. Bürgermeister Dr. Zilk wies darauf hin, daß die Stadt Wien zu den Gesamtbaukosten von rund 40 Millionen Schilling 28,4 Millionen beitrug; als nächstes Jugendstilgebäude soll bereits in Kürze der Hofpavillon in Hietzing renoviert werden. Kulturstadtrat Mrkvicka verwies auch auf die Bemühungen, die Umgebung der Secession städtebaulich zu sanieren - mit dem Haus Ecke Getreidemarkt - Wienzeile wird hier in Kürze ein Anfang gemacht werden.++++

Im Zuge der Renovierung der Secession wurde die große Ausstellungshalle in ihrer ursprünglichen Gliederung wiederhergestellt, weiters steht im Souterrain des Hauses eine kleinere Galerie für Ausstellungen zur Verfügung. Durch das Entfernen des Erdkernes unter der Secession bot sich die Möglichkeit, den Beethoven-Fries Gustav Klimts wieder an seinem Ursprungsort zu zeigen.

Neben der Stadt Wien und dem Bund trugen auch Sponsoren, wieder neue US-Botschafter in Österreich, Ronald S. LAUDER, der die Vergoldung der Kuppel finanzierte, zur Renovierung bei. Im Zuge der Möblierung des Hauses wurde eine neue Möbelserie entwickelt, die von der beteiligten Firma in ihr Programm aufgenommen wird. (Forts.)
gab/gg

Wiedereröffnung der Secession (2)

Utl.: Zeitgenössische und österreichische Kunst

18 Wien, 24.1. (RK-KULTUR) Die Secession soll auch in Zukunft, wie es ihrer ursprünglichen Widmung entspricht, der zeitgenössischen Kunst als Form dienen, mit aktuellen künstlerischen Strömungen konfrontieren. Der zweite Punkt des Ausstellungsprogramms gilt der Präsentation österreichischer Kunst. Kulturstadtrat Mrkvicka will die Zusammenarbeit der Stadt Wien mit der Secession auf dem Ausstellungssektor in Zukunft noch verstärken und verwies in diesem Zusammenhang auf die zunehmende Bedeutung des Ausstellungswesens in Wien. Weiters wird das Haus auch den Festwochen als Spielstätte dienen. Bereits in Kürze werden in der Secession die New Dance-Veranstaltungen des Ballettfestes "Tanz 86" stattfinden. Nach der Eröffnungsausstellung "Weltbilder - 7 Hinweise" folgen im Jahr 1986 noch die Ausstellungen "Richard Paul Lohse", "Wien-Fluß 1986" im Rahmen der Festwochen, "Junge Szene Wien '86", "österr. Informel 1986" und "Georg Baselitz". (Schluß) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

10 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Zu Beginn der Sitzung des Gemeinderates am Freitag würdigte der Vorsitzende des Gemeinderates Prof. WIESINGER die Verdienste des verstorbenen Gemeinderates Raimund KOPFENSTEINER. Anschließend begann die Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Ing. KREINER (ÖVP) bezüglich einer frühestmöglichen Senkung des Gaspreises, erklärte Stadtrat HATZL (SPÖ), wenn es Preisvorteile für die Gaswerke gebe, so sei er selbstverständlich bereit, diese auch rückwirkend an die Konsumenten weiterzugeben. Auf eine ZUSATZFRAGE betreffend eine Preissenkung bei Strom und Fernwärme wies Hatzl darauf hin, daß er im Anschluß an die Fragestunde dem Gemeinderat eine Mitteilung über die Tarifsituation machen werde.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), in welcher Höhe sich die aufgrund des Kursverfalles beim US-Dollar anstehende Strom- bzw. Fernwärmepreissenkung bewegen könnte, erklärte Hatzl, es gebe hier keinen direkten Zusammenhang mit dem US-Dollar. Es sei auch falsch, daß die letzte Gaspreiserhöhung mit einem Ansteigen desselben begründet worden sei.

AUF DIE DRITTE ANFRAGE von Gr. Ing. WORM (ÖVP) erklärte Hatzl, derzeit fallen bei der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig täglich drei Tonnen sogenannter Filterkuchen an. Sie werden auf einer geeigneten Deponie entsorgt. Ein Vertrag über die Lagerung auf dieser Deponie stehe vor der Unterzeichnung. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

11 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Die VIERTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. WIMMER (SPÖ), welche Verbesserungsmaßnahmen im Wiener Bereich des Liesingbaches im Hinblick auf naturnahe Gestaltung des Flußlaufes vorgesehen sind, antwortete StR. BRAUN (SPÖ), daß als wirtschaftlicher Kompromiß der möglichen Maßnahmenkombinationen von Abflußprofilvergrößerungen und Hochwasserrückhalt für die gesicherte Ableitung eines zu erwartenden 100jährigen Hochwassers der Liesing vier Retentionsanlagen und Uferborderhöhungen auf insgesamt ca. 4 km Länge hergestellt werden. Unter Beiziehung eines Landschaftsarchitekten wird die Bedeutung des Flußraumes als Erholungsgebiet im Süden Wiens ebenso berücksichtigt wie eine geplante 11 Kilometer lange Radverbindung entlang der Liesing. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

12 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dr. SWOBODA (SPÖ), welche Schwerpunkte das in Ausarbeitung befindliche Wiener Bodenschutzkonzept hat, antwortete StR. BRAUN, daß die Altlastensanierung eindeutigen Vorrang hat. Vorrangig werden jene Gebiete behandelt, in denen eine Gefährdung des Grundwassers gegeben sein könnte. Zum Bodenschutzkonzept selbst führte Braun aus, daß das von DDr. STRUNZ ausgearbeitete Konzept ein Ablaufschema enthält, von der Feststellung einer Altlast, den notwendigen Untersuchungen und Erhebungen, der Abschätzung der Gefährdung, die von der jeweiligen Altlast ausgeht, bis zur Festlegung der erforderlichen und geeigneten Sanierungsmaßnahmen. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

13 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) In der SIEBENTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. Ing. WORM (öVP) über die Maßnahmen, die bisher zur Aktivierung des Rinterzeltes gesetzt wurden. Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ) erklärte, daß die baulichen Maßnahmen wie Erdarbeiten und Fundamentierungsarbeiten im Juni 1986 abgeschlossen werden können. Im Sommer werde voraussichtlich der Probetrieb beginnen. An der Konstruktion der Kunststoffgranulierungsanlage werde zur Zeit ebenfalls gearbeitet, damit künftig aussortierte Kunststoffe wiederverwertet werden können.

Die ursprünglich erstellte Kostenrechnung werde derzeit überprüft, erklärte Braun. Wahrscheinlich werde der angegebene Kostenrahmen eingehalten werden können.

Die ACHTE ANFRAGE betraf den Stand der Planung für die künftige Nutzung des Geländes des alten Allgemeinen Krankenhauses und wurde von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) gestellt. Planungsstadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) führte aus, daß erst nach Abklärung der Fragen, wann und in welcher Abfolge der Gebäudekomplex freigemacht werde, konkrete Planungen zielführend seien. Außerdem müssen mit dem Bund als Teileigentümer Gespräche geführt werden. Derzeit werde magistratsintern überprüft, inwieweit die im Besitz der Stadt Wien befindlichen Teile kulturhistorisch wertvolle Bausubstanz sind und unter Berücksichtigung der Parkanlagen für andere Zwecke adaptiert werden könnten. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

14 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) In der NEUNTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. GAAL (SPÖ) nach der Absicht der Stadt Wien, bei der Sanierung städtischer Wohnhausanlagen Mittel nach dem Wohnhaus-sanierungsgesetz in Anspruch zu nehmen. StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) antwortete, daß dies beabsichtigt ist, allein schon deswegen, weil die Förderung den Mietern zugutekommt. Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen werden Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten erfaßt. Mittel kommen auch für Wärmedämmung und Aufzugseinbauten zur Anwendung. Geplant sei eine Einbeziehung von städtischen Wohnhausanlagen aus der Ersten Republik in dieses Renovierungsprogramm.

"Wieviele Gemeindwohnungen stehen derzeit frei?" lautete die ZEHNTE ANFRAGE von GR. NUSSBAUM (SPÖ). Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) bezifferte sie mit etwa 1.800, wovon 1.500 auf Wieder- und 300 auf Neuvermietungen entfallen. Das ist knapp ein Prozent des gesamten Bestandes. Jährlich werden 7.000 bis 8.000 Mietverträge abgeschlossen, fast 6.000 davon sind Wiedervergaben. Durchschnittlich stehen Wohnungen vor der Neuvergabe etwa drei Monate leer, etwa um notwendige Verbesserungs- und Sanierungsarbeiten durchzuführen.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) stellte die ELFTE ANFRAGE. Er wollte wissen, was unternommen wird, um die Sicherheit der Fußgänger im Bereich Landstraßer Hauptstraße zwischen AEZ und Bahnhof Wien-Mitte zu gewährleisten. Stadtrat RAUTNER (SPÖ) antwortete, daß dieser Bereich als Fußgängerzone ausgestaltet wird, jedoch durch eine abgesetzte Fahrbahn auf die Autobuslinie Rücksicht genommen wird. Diese bauliche Trennung sei entsprechend einer Verkehrsverhandlung gekennzeichnet, wenn es jedoch zu negativen Auswirkungen komme, sei er, Rautner, zugänglich für sinnvolle Vorschläge. (Forts.) and/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

15 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. BROSCHE (SPö), welche Verkehrsmaßnahmen mit Beginn der Vorarbeiten für den U-Bahn-Bau in der Mariahilfer Straße eingeführt werden, sagte Stadtrat RAUTNER (SPö), daß vor allem die Lindengasse und die Gumpendorfer Straße als Erschließungsstraßen parallel zur Mariahilfer Straße dienen sollen. Die Querverbindungen über die Mariahilfer Straße bleiben weitgehend intakt, eine Reihe neuer Einbahnen und neue Linienführungen für die Autobusse 13 A und 14 A sind ebenfalls notwendig. Die Zufahrt zur Mariahilfer Straße wird während der ganzen Bauarbeiten weitgehend möglich sein, der Straßenbahnverkehr durch die Mariahilfer Straße bleibt aufrecht. Die Öffentlichkeit wurde über alle Maßnahmen ausführlich informiert.

Auf die 13. ANFRAGE von Univ.-Prof. Dr. WELAN (öVP), wie der bauliche Zustand des Schlotes der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig ist, sagte Stadtrat HATZL (SPö), daß der Schornstein laut Gutachten auch auf längere Zeit gefahrlos benützt werden kann. Die Kosten der Sanierung müssen erst festgelegt werden. (Forts.)
gab/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

16 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die 14. ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) erklärte Stadtrat HATZL, man habe 1985 bei zahlreichen Straßenbahn- und Buslinien Maßnahmen gesetzt, um eine Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs zu erreichen. So gebe es im Bereich der Linie "49" neue Ampelanlagen und eine verbesserte Verkehrskoordinierung, sie die Linie "J" ab Albertgasse durch Markierungen beschleunigt worden, habe man bei den Linien "43" und "44" eine Reduzierung der Fahrzeit erreicht. Für die Linien "6" und "64" sei 1985 ein Beschleunigungsprogramm fertiggestellt worden. Erste verkehrspolizeiliche Maßnahmen werden derzeit verhandelt. Darüber hinaus habe es bei zahlreichen Linien Lichtsignaländerungen und neue Vorrangregelungen gegeben. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Mitteilung StR. Hatzl

19 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) In einer Mitteilung nahm StR. HATZL zum Gaspreis Stellung. Seitens der Wiener Stadtwerke sei auf Grund der Verbilligung des "Russengases" eine Senkung um 20 Groschen pro Kubikmeter möglich. Dies werde auch rückwirkend angestrebt, mit 1. Jänner 1986 oder spätestens mit 1. Februar 1986. Ein Vergleich mit der NIOGAS wäre nicht möglich, da die Tarifentwicklung der NIOGAS anders als jene der Gaswerke gelagert sei. Die NIOGAS erhielt in der Vergangenheit von der Paritätischen Kommission mehr zugestanden als die Gaswerke von der Preisbehörde. Die angekündigte Preissenkung soll gleichzeitig mit der Umstellung auf Kubikmeter-Verrechnung in Kraft treten, wozu ein Bescheid der Preisbehörde notwendig ist.

Beim Preis der Fernwärme wäre auch, wie StR. Hatzl mitteilte, eine Senkung möglich, allerdings nicht wegen der gesunkenen Einstandspreise. Die letzte Preissenkung durch die Preisbehörde im Oktober 1981 betrug 3,50 Schilling Grundpreis pro Quadratmeter und Monat, 428 Schilling Arbeitspreis pro Megawattstunde. Im April 1983 hätten die Heizbetriebe Wien den Arbeitspreis auf 396 Schilling gesenkt, im September 1985 erfolgte eine deutliche Senkung des Grundpreises auf drei Schilling, der Arbeitspreis wurde auf 416 Schilling erhöht. Das bedeutete insgesamt eine Verbilligung und die Möglichkeit, besser Energie sparen zu können. Der Einnahmeentfall für die Heizbetriebe betrug 15 Millionen Schilling pro Jahr. Da weder der US-Dollarkurs noch der Erdgaspreis eine direkte Auswirkung auf die Fernwärmekosten haben, ist aus diesen Gründen keine Senkung möglich. Allerdings konnte - im Rahmen des Umweltprogrammes - der Einsatz von Heizöl schwer reduziert werden, statt dessen wurde der Einsatz der Kraft-Wärme-Kupplung verstärkt. Die dadurch erzielte Kostenersparnis kann nun an die Konsumenten weitergegeben werden, und zwar in Form einer Senkung des Arbeitspreises um voraussichtlich rund fünf Prozent. (Forts.) ull/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Mitteilung StR. Hatzl

20 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Zum Strompreis stellte HATZL fest, daß dieser seit vier Jahren nicht erhöht worden ist. Im April 1983 erfolgte sogar eine Senkung um fünf Groschen pro Kilowattstunde. Die Einstandspreise bei Heizöl schwer liegen heute noch immer höher als damals. Derzeit liege ein weiterer Antrag der Verbundgesellschaft bei der Preisbehörde vor, man werde sich aber sehr bemühen, diesen Antrag 1986 nicht an die Konsumenten weiterzugeben.

Zur Tarifierpassung der Verkehrsbetriebe sagte Hatzl, daß diese notwendig geworden sei, da die Alternative reduzierte Leistungen und verminderte Investitionen gelautet hätte. Im übrigen sei erfreulicherweise ein weiterer Anstieg an Fahrgästen feststellbar. 25.000 Umweltstreifenkarten, 100.000 Jahresnetzkarten bzw. 130.000 Monatsnetzkarten wären ein deutlicher Beweis für die Attraktivität öffentlicher Verkehrsmittel. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Dringliche Anfrage und dringliche Anträge

21 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Die öVP stellte an Vizebürgermeister MAYR (SPö) eine DRINGLICHE ANFRAGE zu wirtschaftspolitischen Initiativen.

Weiters stellte die öVP einen DRINGLICHEN ANTRAG auf Senkung der Tarife für Strom, Gas, Fernwärme und öffentliche Verkehrsmittel. Die FPö brachte einen DRINGLICHEN ANTRAG auf rückwirkende Senkung des Gaspreises ein. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Förderung selbstverwalteter Kommunikationszentren

22 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Als erstes Geschäftsstück wurde der Antrag von GR. FAYMANN (SPö) debattiert, der die Förderung von selbstverwalteten Kommunikationszentren und von Gruppen und Projekten im Alternativbereich in Höhe von 5,451.000 Schilling zum Inhalt hatte.

GR. PUTZ (öVP) beantragte, daß die einzelnen Positionen getrennt abgestimmt werden, weil seine Fraktion mit der Subvention für den Verein Kulturzentrum Spittelberg - Amerlinghaus von 2,5 Millionen Schilling nicht einverstanden sei. Putz kritisierte, daß das Amerlinghaus entgegen früheren Konzepten jetzt fast nur mehr eine Beherbergungsfunktion ausübe und kaum mehr eigene Veranstaltungen durchführe. Außerdem gebe es eine Reihe von Gruppierungen und Vereinen, die sich mit Themen wie Jugendarbeitslosigkeit oder Gastarbeiterproblemen beschäftigen, die jedoch bereits von anderen Institutionen und Einrichtungen wahrgenommen werden. Er stellte weiter fest, daß der Tätigkeitsbericht über das vergangene Jahr sehr dürftig sei und reklamierte eine detaillierte Vorschau für 1986. Seines Wissens wurde für das vergangene Jahr auch keine Subventionsabrechnung vorgelegt, schloß Putz.

Das Programm für Jänner und Februar 1986 widerlege die Behauptung, daß das Amerlinghaus keine eigenen Veranstaltungen durchführe, erklärte GR. Dr. HÄUPL (SPö). Es sei zu vermuten, daß der Grund für die Ablehnung der öVP eher darin zu suchen ist, daß sie die verschiedenen politischen Veranstaltungen nicht goutiere. Projekte zum Thema Jugendarbeitslosigkeit und Gastarbeiterfragen könnten gar nicht oft genug durchgeführt werden, von einem Überangebot könne nicht geredet werden. Der Tätigkeitsbericht 1985 und der Voranschlag 1986 liegen sehr wohl vor. Zur Kritik von GR. PUTZ, daß die Eigenmittelaufbringung durch das Amerlinghaus zu gering und die angegebene Höhe für 1986 fragwürdig sei, sagte HÄUPL, daß dieser Punkt unter Berücksichtigung der bestehenden Möglichkeiten noch weiter diskutiert werden muß.

ABSTIMMUNG: 1,25 Millionen für den Verein Forum Wien-Arena und 1,701.000 Schilling für verschiedene Vereine wurden einstimmig genehmigt. Die Subvention von 2,5 Millionen für das Amerlinghaus wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (12)

23 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) GR. SEVCIK (SPö) beantragte den Ankauf einer Liegenschaft für ein neues Margaretenbad.

GR. Dr. Marilies FLEMMING (öVP) unterstrich die Wichtigkeit eines neuen Bades an dieser Stelle, das auch Schulkindern und alten Menschen dienen soll, gab jedoch ihrer Befürchtung Ausdruck, daß hier ein "Mini-Eldorado" entstehen könnte. Sie brachte den ANTRAG ein, an dieser Stelle wieder ein Bezirksbad zu errichten.

GR. Ing. RIEDLER (SPö) erklärte, dieses Bad sei schon seit langem ein dringender Wunsch seiner Fraktion. Es müsse sicherlich nicht nachteiligt sein, wenn Bezirkshallenbäder heute anders gestaltet werden als vor zehn Jahren. Selbstverständlich werde auf die Bedürfnisse aller Bewohner Rücksicht genommen werden.

In seinem SCHLUSSWORT ergänzte GR. SEVCIK, daß die ersten Gespräche über den Bäderneubau an dieser Stelle schon Anfang 1982 stattgefunden haben und die Realisierung auch dem Stadtentwicklungsplan entspreche.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. Der Antrag wurde einstimmig zugewiesen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Flächenwidmung Kagran

24 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPö) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Wagramer Straße und Rautenweg in Kagran, das als Industriegebiet gewidmet wird.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) kritisierte die Überdimensionierung der geplanten Straßen in diesem Bereich, die mit einer Breite von 25 Metern viel zu breit seien.

GR. OBLASSER (SPö) entgegnete, daß sich die Straßenbreite aus den Baumalleen, Radwegen und Parkspuren ergebe. Für den Fließverkehr seien nur sieben Meter Fahrbahnbreite vorgesehen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und öVP angenommen.
(Forts.) gab/sp

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Übereinkommen mit DoKW

25 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) beantragte den Abschluß eines Übereinkommens zwischen der Stadt Wien und der österreichischen Donaukraftwerke AG betreffend die Errichtung von Dichtwänden für den Hochwasserschutz. Beim eventuellen Bau der Staustufe Wien würden mit der Ausführung dieser Dichtwände keine Umbauarbeiten im Bereich des Hochwasserschutzes mehr nötig sein.

Er persönlich, erklärte GR. Ing. WORM (ÖVP), habe gegen die Staustufe Wien zahlreiche technische Einwendungen. Es gehe bei diesem Geschäftsstück um den Einbau von Schmalwand-Kastenwänden bzw. Schmalwandkasten-Systemen, die die Grundwassersituation in den angrenzenden Bezirken 2 und 20 im Falle der Errichtung der Staustufe regulieren sollen. Seiner Meinung nach handle es sich dabei um simple Pumpensysteme, die bei der Nicht-Errichtung der Staustufe den gegenteiligen Effekt, nämlich das Austrocknen dieser Gebiete, hätten. Darüber hinaus sei seitens der DoKW noch kein Einreichprojekt für die Staustufe Wien vorgelegt worden.

Es sei im Interesse der Stadt Wien, erklärte GR. FREINBERGER (SPÖ), diese baulichen Maßnahmen vorausschauend zu treffen und nicht erst, wenn der Hochwasserschutzdamm bereits fertiggestellt sei. Diese Systeme geben die Möglichkeit, den Grundwasserhaushalt des 20. und 2. Bezirkes zu kontrollieren. Zur Kritik Worms betreffend einzelner Punkte des Vertrages erklärte Freinberger, die Mehrkosten, die gegenüber dem ursprünglichen Hochwasserschutzprojekt entstünden, trage die DoKW, ebenso wie die Haftung für das Funktionieren dieses Dichtungssystemes.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.
(Forts.) jel/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Bau der U 6

26 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) GR. HUFNAGL (SPö) beantragte für die U-Bahn-Bauarbeiten im Bauabschnitt U 6/5, Gaudenzdorfer Gürtelbrücken, einen Sachkredit in der Höhe von 110 Millionen Schilling.

Dazu stellte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) fest, daß es mit dem Fortbestand der Otto-Wagner-Brücke gelingen werde, einen wichtigen Bestandteil des Wiener Stadtbildes zu erhalten. Bei künftigen Milliardenprojekten solle man allerdings schon bei der Ausschreibung den Baufirmen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung stellen. Er kritisierte, daß beim U-Bahn-Bau zwar archäologische Untersuchungen vorgenommen werden, chemische Analysen dagegen fehlen. So könne nicht abgeschätzt werden, wo und in welchem Ausmaß auf kontaminiertes Material gestoßen wird.

GR. Ing. RIEDLER (SPö) bezog sich auf eine von Pawkowicz am Vortag in einer Pressekonferenz geäußerte Kritik, die die Stadt Wien viel Geld kosten könnte. Es stimme nicht, daß der weitere Ausbau der U 6 gefährdet sei. Einzig der Phenolgehalt liege geringfügig über dem Wert der Güteklasse I. Auf Grund von Zeitungsberichten habe eine Firma der Stadt Wien heute früh mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage sei, Material wie vorgesehen zu übernehmen. Nun werde es schwieriger, sagte Ing. Riedler, Abnehmer in Österreich zu finden, und es könnten Mehrkosten entstehen. Im übrigen werde die U 6 wie vorgesehen am 1. Oktober 1989 ihren Betrieb aufnehmen können, wenn nicht weitere Querschüsse kommen sollten.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz stellte darauf in einer neuerlichen Wortmeldung fest, daß es Aufgabe der Opposition sei, Probleme rechtzeitig aufzuzeigen.

GR. Hufnagl sprach die Hoffnung aus, daß durch ungerechte Kritik das psychologische Klima nicht weiter verschlechtert werden möge.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) ull/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Erschließung des Betriebsbaugebietes Aldergründe -
Debatte über Verstaatlichte Industrie

27 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ) beantragte die Änderung eines bereits genehmigten Sachkredites zur Erschließung der verbleibenden Teile des Betriebsbaugebietes Aldergründe mit Fernwärme anstelle von Gas. Das Gesamterfordernis wird wegen des Wegfalls eines Teils des Straßennetzes auf 50,5 Millionen Schilling reduziert.

GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) stellte fest, daß der Grund für die Reduktion des Sachkredites darin liegt, daß das Gebiet entgegen ursprünglicher Planung an eine einzige Firma vergeben wird, nämlich an eine Tochterfirma der Chemie Linz AG. Dies sei Anlaß dafür, sich mit der Situation der verstaatlichten Betriebe und insbesondere mit der Auswirkung des gegenwärtigen Desasters auf die Wiener Wirtschaft auseinanderzusetzen. In Wien wurden seit 1980 rund 4.500 Arbeitsplätze in den verstaatlichten Betrieben abgebaut. Dadurch werde der Dienstleistungsbereich erheblich belastet, die Arbeitslosigkeit steigt ebenso wie die Dauer der Arbeitslosigkeit.

Er vermisse, sagte Maier, eine exakte Analyse der Krise der verstaatlichten Industrie durch die Wiener Regierungsverantwortlichen. Es sei zu bezweifeln, daß die gegenwärtig durch die Bundesregierung angestrebte Reform wirkungsvolle Lösungen bringe.
(Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Erschließung des Betriebsbaugebietes Aldergründe - Debatte über verstaatlichte Industrie

28 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) GR. FREITAG (SPÖ) stellte fest, daß die ÖVP nur die verlorenen Arbeitsplätze im Bereich der verstaatlichten Industrie betraue, von der Entwicklung der Privatindustrie jedoch kein Wort sage. Auch hier wurden tausende Arbeitsplätze verloren. Ein wesentlicher Unterschied zwischen privater und verstaatlichter Industrie sei darin zu sehen, daß Privatbetriebe im Gegensatz zu verstaatlichten radikal von einem Tag zum anderen ihren Betrieb schließen und die Dienstnehmer auf die Straße setzen.

GR. NEUMANN (ÖVP) warf der SPÖ in ihrer Wirtschaftspolitik ideologische Scheuklappen vor. Die verstaatlichten Betriebe befänden sich in einer hausgemachten Krise, wie positive Betriebsergebnisse gleichartiger Wirtschaftszweige im Ausland zeigen. Sanierungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren waren vorwiegend von gesellschaftspolitischen Aspekten geleitet, auf betriebswirtschaftliche Führung wurde keine Rücksicht genommen. Er bezeichnete die verstaatlichte Industrie als "heilige Kuh" des Sozialismus, die als Basis für politischen Einfluß und damit Machteinfluß diene. Damit nicht weitere tausend Arbeitsplätze verloren gehen, forderte Neumann die Sanierung, Reprivatisierung beziehungsweise Teilprivatisierung der verstaatlichten Industrie.

Er möchte nicht leugnen, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß die verstaatlichte Industrie große Sorgen bereite, das Gleiche gelte aber auch für die Entwicklung der Privatindustrie. Die Statistik zeige, daß in der Privatindustrie noch mehr Arbeitsplätze verloren gingen als in verstaatlichten Betrieben. Es müsse gerade im Bereich der Industrie dem Strukturwandel durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen Rechnung getragen werden. Verschiedene Betriebe der verstaatlichten Industrie befinden sich in einer Phase der Umstrukturierung. Es entspricht der Politik der Stadt Wien, sich den Problemen eines Strukturwandels zu stellen, anstatt überkommene Strukturen mit aller Gewalt zu halten. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Erschließung des Betriebsbaugebietes Aldergründe -
Debatte über Verstaatlichte Industrie

29 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien sei mit den Leitern der Wiener verstaatlichten Betriebe ständig in Kontakt, um gangbare Lösungen für jeden einzelnen Betrieb zu finden, betonte Mayr. Die Stadt Wien habe Ende der 60er Jahre ein Wiener Memorandum verfaßt und schon vor geraumer Zeit einen Anliegenkatalog an die Bundesregierung übermittelt. Es ist notwendig, daß der Ostraum Österreichs einen Entwicklungsschub erfährt. Diese Aufgaben sollten gemeinsam und sachlich diskutiert werden, forderte Mayr. Diesem Anliegen seien jedoch verbale Kraftakte, wie sie heute in der Diskussion von ÖVP-Politikern gesetzt werden, eher abträglich als dienlich.

Abschließend erklärte Mayr, daß Überlegungen in dieser Richtung jetzt und heute angestellt werden müßten, damit die Erfolge der vergangenen 40 Jahre nicht gefährdet werden. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Erschließung des Betriebsbaugebietes Aldergründe - Debatte
über verstaatlichte Industrie

30 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Die Bürger müßten den Eindruck gewinnen, daß die Diskussion nicht mit dem Ziel geführt wird, ernsthaft über die Probleme zu reden, erklärte Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP). Es sei schlechter Stil, die VOEST-Verluste zu verharmlosen und zu erklären, der Steuerzahler müßte nicht für die Kosten aufkommen. Die verstaatlichte Industrie habe bestehende Strukturen erhalten, statt zukunftsweisende Wege zu beschreiten. Die öffentliche Diskussion sei notwendig, um Veränderungen herbeizuführen.

Landtagspräsident SALLABERGER (SPÖ) meinte, es werde gegenwärtig etwas diskutiert, was im Detail noch nicht vorliegt. Gesprächsbasis seien die Statements von Politikern, Journalisten und Wirtschaftsfachleuten. Wien ist von der Situation der verstaatlichten Industrie deshalb betroffen, weil in den letzten Jahren viele Industriearbeitsplätze verloren gegangen sind. Es werde daher ernsthafter Gespräche zwischen Stadt und Unternehmensvertretern bedürfen, um eine Änderung der Situation herbeizuführen. Es werde jedoch nicht mehr möglich sein, daß in den Parteisekretariaten entschieden wird, wer welche Position auszuüben hat. Der Beste sei gerade gut genug für eine solche Aufgabe. Wien müsse alles daransetzen, um mehr Industriearbeitsplätze für die Stadt und die Region zu gewinnen, wie dies beispielsweise bei der GM-Ansiedlung gelungen sei, bzw. um solche Arbeitsplätze zu erhalten. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Erschließung Betriebsansiedlung Aldergründe -

Debatte über verstaatlichte Industrie

31 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) StR. NEUSSER (ÖVP) betonte, daß die ÖVP in den vergangenen Jahren immer auf Fehlentwicklungen und Fehlinvestitionen im Bereich der verstaatlichten Industrie hingewiesen habe. Wogegen er sich im Namen aller privaten Wirtschaftstreibenden wehre, das sei die Sonderstellung der verstaatlichten Industrie, welche die SPÖ offensichtlich noch immer wolle. Von einer Entpolitisierung könne auch nicht gesprochen werden, wenn die Entscheidungen bei einem Mann, in diesem Fall bei Minister Lacina, liegen. Generell müsse die österreichische Wirtschaft trachten, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ) sagte in seinem SCHLUSSWORT, daß Österreich im Jahre 1985 mit einem Zuwachs an Beschäftigung, einer Explosion des Exports, einer geringen Teuerungsrate und weiteren positiven Kennzahlen über durchwegs gute Wirtschaftswerte verfüge. Den Zuschüssen an die verstaatlichte Industrie entsprechen einerseits Zuschüsse an die Schwerindustrie in ganz Europa, andererseits Förderungen an Privatfirmen allerart in Österreich.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Sportförderung

32 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) stellte den Antrag, Sportförderungsmittel in der Höhe von insgesamt 17,688.000 Schilling zu genehmigen.

GR. ARTHOLD (ÖVP) beantragte die getrennte Abstimmung über die Subvention von 7,5 Millionen Schilling an den ASKÖ-Landesverband Wien für die Errichtung der Eislauhalle Nothnagelplatz.

Grundsätzlich befürworte die ÖVP den Ausbau von Eislauflätzen, doch sei man im Falle des Eisrings-Süd weder mit dem derzeitigen Standort noch mit der Größe des Baus einverstanden gewesen. Aufgrund der Größe habe sich der Eisring-Süd, was die Parkplatzfrage betreffe, zu einem Ärgernis für die Anrainer entwickelt. Darüber hinaus stelle er eine große Konkurrenz für die traditionellen Eislauvereine dar, was zu einer gefährlichen Entwicklung im Eissport führen könne.

Während der Woche seien die Parkplätze rund um den Eisring Süd nur zu zwei Drittel ausgelastet, weil der Hauptanteil der Besucher öffentliche Verkehrsmittel benutze. Er freue sich, erklärte GR. STRANGL (SPÖ), daß durch den Eisring-Süd viele Menschen für den Eissport neu gewonnen werden könnten.

GR. BROSCHE (SPÖ) schloß sich dem Antrag auf getrennte Abstimmung an. Der Eisring-Süd weise Zuwachsraten von bis zu 25 Prozent jährlich auf. Er stelle keine Konkurrenz für die bestehenden Eislauvereine dar, sondern habe dem großen Reservoir an Publikum eine neue Eislaufmöglichkeit eröffnet.

ABSTIMMUNG: Die Subvention für den ASKÖ-Landesverband Wien wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ, die anderen Punkte einstimmig angenommen. (Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Förderungsmittel für die Vermietung von Trainingsanlagen
33 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Den Antrag, daß die Wiener Stadthalle KIBA, der Verein des Matsumae-Budocenters, die MA 44 (städtische Bäder) und die MA 56 (städtische Schulverwaltung) für die Vermietung von Trainingsanlagen aus den Sportförderungsmitteln insgesamt 66,8 Millionen Schilling erhalten sollen, stellte GR. BROSCHE (SPÖ).

Dazu nahm GR. ARTHOLD (ÖVP) Stellung. Er kritisierte die 62 Millionen Schilling für die Stadthalle, die eine Steigerung von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeuten. Dies sei kein Mißtrauen gegenüber der Verwaltung. Er wolle nur wissen, wofür dieser Betrag im Detail verwendet wird. Zu den zwei Millionen für das Budo-Center sagte Arthold, bei der seinerzeitigen Errichtung hätte die Stadt Wien zwar einen Zuschuß von zwei Millionen gewährt, allerdings behauptet, dies wäre ein einmaliger Zuschuß gewesen. Dazu komme, daß ein Sportverband neuerdings als Hauptmieter auftritt, und dies sei gegenüber anderen Vereinen ungerecht.

GR. WIMMER (SPÖ) antwortete darauf, daß im Budo-Center drei erfolgreiche Sportvereine eine Heimat gefunden haben: der Judoklub Manner, die Volleyballmannschaft Tyrolia und die Union Bundesländer-Versicherung. Der Sportverband wäre im übrigen genauso Mieter, und alle Vereine würden 10 Prozent der Mieterkosten selbst bezahlen. Die für die Stadthalle genannten Zahlen entsprächen nicht den Tatsachen. Das Budget wurde gegenüber dem Vorjahr um 6,8 Prozent angehoben, über sieben Millionen wären Nachforderungen aus früheren Jahren. Im übrigen wurden innerhalb eines Jahres insgesamt 31.000 Trainingsstunden in Anspruch genommen, 828 sportliche Veranstaltungen in 25 verschiedenen Sportarten inklusive Trainingszeiten haben stattgefunden. Diese Zahlen beweisen, daß ein großer Bedarf für Anmietungen gegeben ist.

ABSTIMMUNG: Mit Stimmenmehrheit angenommen. (Forts.) ull/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Heizkostenzuschuß

34 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) GR. LACINA (SPÖ) beantragte, 1986 allen Dauersozialhilfebeziehern einen außerordentlichen Heizkostenzuschuß in Höhe von insgesamt 1.000 Schilling in zwei Tranchen auszusahlen.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) begrüßte die Gewährung dieses Zuschusses. Es sei jedoch bedauerlich, daß der ÖVP-Antrag, den Heizkostenzuschuß auch den 40.000 Wiener Ausgleichszulagenbeziehern zu gewähren, von der SPÖ abgelehnt wurde. Es haben den Anschein, daß die SPÖ die steigende Armut nicht mehr bekämpft, sondern als natürliche Gegebenheit akzeptiert habe.

GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) führte aus, daß in Wien die Zahl der Ausgleichszulagenempfänger gesunken sei und wies die Behauptung zurück, daß seine Partei Armut akzeptabel fände. Der Kampf gegen die Armut werde deshalb auch weiter fortgesetzt. In den letzten 15 Jahren seien die Pensionen um 200 Prozent, die Ausgleichszulage um 264 Prozent gestiegen. Im selben Zeitraum stieg der Verbraucherpreisindex jedoch nur um 143 Prozent. Diese Maßnahmen sowie verschiedenste Verbesserungen im Rahmen der Familienpolitik und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sind ein wesentlicher Beitrag im Kampf gegen die Armut, schloß Swoboda.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Neuregelung bei Ambulanzgeldern der Kliniken

35 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) beantragte eine Neuregelung für die Verwendung der Ambulanzgelder der Kliniken. Durch diese Regelung soll eine derzeit unbefriedigende Situation bereinigt werden. In einem ersten Schritt ist vorgesehen: Übernahme der dezentralen Finanzbuchhaltung der Kliniken durch ein zentrales Buchhaltungsreferat der MA 17 - Zentrale; Übernahme der Belegskontrolle durch das neugeschaffene Buchhaltungsreferat; Abschaffung der dezentralen Barverläge der Kliniken; Umstellung der Klinikbuchhaltung auf EDV; Klärung der Personalsituation der aus diesen Mitteln beschäftigten Bediensteten; als Vorbereitung für die ab 1987 angestrebte Regelung soll bereits 1986 ein Betrag in Höhe von 15 Prozent der Sondereinnahmen der Kliniken (Ambulanzgelder) zugunsten von kliniküberschreitenden Maßnahmen einbehalten werden. Ein endgültiges Gebarungskonzept soll per 1. Jänner 1987 in Kraft treten. Es wird zusammen mit der medizinischen Fakultät erstellt.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte fest, daß Kontrollamt und Rechnungshof den gegenwärtigen Zustand kritisiert haben, und er begrüßte es, daß StR. STACHER seine Zusage über eine zeitgerechte Vorlage der Neuregelung vor der Übersiedlung der Kliniken ins neue AKH eingehalten hat. Bisher sei das Dienstverhältnis von 350 privat angestellten Bediensteten des AKH unzureichend geregelt, und es wurden Apparate und Geräte aus diesen Geldern ohne Berücksichtigung der entsprechenden ö-NORM angekauft. Ziel des neuen Konzepts werde es auch sein, mehr Mittel für medizinische Forschung zu erhalten.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte über Mitteilung Hatzl

36 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria KUHN (SPÖ) begründete den Antrag auf Besprechung der Mitteilung von StR. HATZL damit, daß in den letzten Wochen von der Opposition Behauptungen zu den Tarifen aufgestellt worden seien, die nicht der Realität entsprächen. Die später zur Behandlung anstehenden dringlichen Anträge seien nicht mit der Forderung nach einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik in Einklang zu bringen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag auf Besprechung der Mitteilung wurde einstimmig angenommen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, daß der gestiegene Dollarkurs bei der letzten Erhöhung der Gaspreise als Argument gedient habe. Nun müsse auch der sinkende Dollarkurs als Argument für eine Senkung der Gaspreise gelten. Überdies seien auch die Einstandspreise für das Gas aus Rußland gesunken. Preissenkungen könne die Stadt Wien autonom ohne Befragung der Preisbehörde durchzuführen. Überdies wären auch die anderen Energiepreise zu senken.

GR. Ing. KRAINER (ÖVP) kritisierte die von Stadtrat Hatzl angekündigte Senkung des Gaspreises als zu gering. Darüber hinaus seien auch die Preise für Strom und Fernwärme und auch die der Verkehrsbetriebe zu senken, was von der wirtschaftlichen Lage der Teilbetriebe her durchaus möglich sei, da die Preise für Heizöl schwer gesunken seien. Die Wiener Bevölkerung könne sich die teuren Energiepreise nicht leisten. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte über Mitteilung Hatzl

37 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Die Energie- und Wirtschaftssituation in Wien werde von verantwortlicher Seite sehr ernst genommen, erklärte GR. EDER (SPÖ). Es sei aber unzulässig, die Berechnung des Wiener Gaspreises in Zusammenhang mit den niederösterreichischen und oberösterreichischen Gaspreisen zu setzen.

GR. STRATIL (ÖVP) forderte StR. Hatzl auf, die Preiskalkulationen zu überprüfen. Es sei, so Stratil, sehr wohl möglich, den Strompreis um 10 Prozent zu senken, was nicht der Wirtschaft, sondern auch den privaten Abnehmern zugutekäme.

Dank einer überlegten Tarifpolitik seien die Wiener Stadtwerke gesund und leistungsfähig, erklärte GR. HIRSCH (SPÖ). Die Preissenkung werde in einem wirtschaftlich vertretbaren Ausmaß durchgeführt. Hinter der geforderten zehnpromzentigen Preissenkung könne aber keine realistische Rechnung der ÖVP stehen. (Forts.) je/rr

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte über Mitteilung Hatzl

38 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Mag. REGLER (ÖVP) sagte, Stadtrat Hatzl habe wegen 140 Millionen Schilling Mehreinnahmen den Verkehrsverbund mutwillig zerschlagen. Insbesondere jetzt, wo der Rohölpreis ständig fällt, sollte man den Trend zu öffentlichen Verkehrsmitteln fördern und nicht, wie durch die neuen Tarife, ihm entgegenwirken. Den Anreiz einer "Stadthallenkarte", um die dortige Parkplatznot zu lindern, bezeichnete er als ungerecht gegenüber anderen Veranstaltern. Regler stellte den ANTRAG, die Tarife auf den Stand von Ende vorigen Jahres zurückzuführen. Nicht zuletzt deshalb, weil Verkehrsminister Lacina kürzlich in einer Pressekonferenz angekündigt habe, bis 1988 keine Erhöhung der Personentarife bei den ÖBB vornehmen zu wollen.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) meinte, sein Vorredner habe eine unzulässige Verquickung mit dem Benzinpreis hergestellt. Dieser könne schon in zwei Wochen wieder nach oben gehen, und die Verkehrsbetriebe könnten nicht auf jede Veränderung mit neuen Tarifen reagieren. Im übrigen würde eine Reduzierung um 10 Prozent, wie sie der dringliche Antrag vorsieht, einen Preis ergeben, der unter dem der früheren Tarife liegen würde. Er bezeichnete dieses Verhalten als "Lizitation und nicht als seriöse Kommunalpolitik".
(Forts.) ull/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte über Mitteilung Hatzl

39 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Im Interesse der Konsumenten forderte GR. KIENDL (ÖVP) eine Senkung des Fernwärmetarifs. Es sei eine Zumutung, daß Fernwärmebezieher zusätzlich Kosten erwachsen, weil die Wärmedämmung schlecht ist, und daß die Fernwärmebezieher auch den Ausbau der Fernwärmeleitungen mitfinanzieren müssen. Außerdem sei die Messung des Fernwärmeverbrauchs noch immer nicht verbessert worden.

Stadtrat HATZL (SPÖ) stellte fest, daß es für eine Änderung des Gaspreises eine Reihe von Kriterien gibt und daß es deshalb falsch sein muß, ausschließlich mit dem gefallenem Dollarkurs zu argumentieren. Er sei sehr froh, daß er eine Überprüfung des Gaspreises durch die Preisbehörde beantragt habe. Zur Gegenüberstellung der Gaspreise in Wien und Niederösterreich führte Hatzl aus, daß wegen des in Wien wesentlich höher gelegenen Gasverbrauches auch die Kosten für die Rohrverlegung, für Personal und Speicherung ungleich höher seien.

Zu den Verkehrsbetrieben erklärte Hatzl, daß allein die Betriebskosten innerhalb eines Jahres um fast 10 Prozent gestiegen seien. In Anbetracht der laufenden Verbesserungen wie längere Betriebszeiten und Ausbau des Verkehrsnetzes seien die Tarife gerechtfertigt. Als Argument für eine Tarifsenkung die Senkung des Benzinpreises heranzuziehen, sei nicht zuletzt schon deshalb unzulässig, weil der Preis für eine Jahresnetzkarte wesentlich niedriger ist als die Kosten für den Betrieb eines Autos.

Zur Kritik, daß die Meßgeräte für den Fernwärmeverbrauch bis jetzt noch nicht verbessert wurden, sagte Hatzl, daß bereits im Februar über die Montage wesentlich besserer, jedoch auch für die Konsumenten teurerer Zähler entschieden wird.

Die heutige Diskussion wecke den Verdacht, daß die ÖVP durch ihre überhöhten Tarifsenkungsforderungen bei Gas, Strom und Fernwärme und bei den öffentlichen Verkehrsmitteln die städtischen Betriebe aushungern wolle. Gerade dies könne jedoch nicht im Interesse der Konsumenten sein, schloß Hatzl. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Dringlicher Antrag FPÖ

40 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Die Gemeinderäte Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ und Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) beantragten, den Gaspreis rückwirkend ab 1. Jänner 1986 auf jenen Betrag zu senken, der im benachbarten niederösterreichischem Umland für Erdgas gleicher Qualität zu bezahlen ist. GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz begründete die Dringlichkeit des Antrages im Zusammenhang mit dem gesunkenen Dollarkurs. GR. EDLINGER (SPÖ) entgegnete, daß dieses Thema eben zwei Stunden diskutiert worden sei und eine Wiederholung nicht nötig sei. Der Antrag auf Dringlichkeit wurde mit den Stimmen der SPÖ abgewiesen, der Antrag wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Zwtl.: Dringlicher Antrag ÖVP

Die Gemeinderäte Ing. KRAINER und Dipl.-Ing. Mag. REGLER (ÖVP) beantragten die Senkung der Preise von Gas, Fernwärme und Strom sowie der Verkehrsbetriebe um je rund 10 Prozent rückwirkend ab 1. Jänner 1986. GR. Ing. KRAINER führte in seiner Argumentation für die Dringlichkeit neben den gesunkenen Einstandspreisen für Energie auch soziale Gründe an. GR. EDLINGER wies abermals darauf hin, daß eine entsprechende Diskussion soeben stattgefunden habe.

Der Antrag auf Dringlichkeit wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, der Antrag wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Dringliche Anfrage: "Wirtschaftsinitiative für Wien"

41 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lag eine Dringliche Anfrage der öVP betreffend eine Wirtschaftsinitiative für Wien vor. GR. Dkfm. Dr. WÖBER (öVP) begründete die Dringlichkeit der Anfrage mit ungünstigen Wirtschaftsprognosen für die nächsten fünf Jahre und der Strukturschwäche der österreichischen Wirtschaft sowie mit Problemen durch hohe Arbeitslosigkeit. Auch die Prognose über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen sei nicht zufriedenstellend. Konkret fragte die öVP den Finanzstadtrat, ob er bereit ist, ein Maßnahmenpaket im Interesse der Wiener Wirtschaft zu setzen bzw. an dessen Verwirklichung auf Bundesebene mitzuwirken. Es geht dabei um Maßnahmen aus dem Bereich der Steuer-, Tarif- und Gebührenpolitik (Senkung des Gas-, Strom- und Fernwärmearif, Gleichstellung der Stadterneuerung bei der steuerlichen Absetzbarkeit und Belebung der privaten Investitionen), der Innovation, Wirtschaft und Wissenschaft sowie um die Privatisierung gemeindeeigener Betriebe.

In seinem DEBATTENBEITRAG erklärte Wöber, daß das Wirtschaftsforschungsinstitut über strukturelle Probleme der Wirtschaft in der Ostregion berichtet, es gebe Einbußen im Handel und Schrumpfung des Umsatzes im Bauwesen - die Arbeitslosigkeit sei höher als in den 50er Jahren. Die öVP habe jahrelang Vorschläge zur Belebung der Baukonjunktur gemacht und dabei auch auf die Bedeutung der Stadterneuerung hingewiesen. Die Strukturprobleme der Wirtschaft zeigen sich in Wien besonders deutlich. Notwendig sei unter anderem die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, die, so Wöber, 70 Prozent der Fachkräfte ausbilden. Es sei eine Steuerreform notwendig, und die Stadt Wien sollte sich von Betrieben trennen, die von der Privatwirtschaft geführt werden könnten, wie etwa dem "Pizza-Paradies". Es sei ein eigener Forschungs- und Wirtschaftsförderungsfonds zu schaffen, und es seien neben anderem auch Technologieparks zu schaffen sowie junge Unternehmen zu fördern. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Dringliche Anfrage: "Wirtschaftsinitiative für Wien"

42 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Unter anderem bei Tischlern, Installateuren und metallverarbeitenden Berufen herrsche ein akuter Facharbeitermangel, betonte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö). Zu den Maßnahmen, die die öVP im Rahmen einer Wirtschaftsinitiative fordert, sagte Hirnschall, daß eine Weitergabe von billigeren Einstandspreisen durch die Stadtwerke die Wiener Wirtschaft sicher wettbewerbsfähiger machen würde. Das langsame Anlaufen der Stadterneuerung werde durch die Verbürokratisierung im Stadterneuerungsfonds verursacht. Zur steuerlichen Entlastung von Klein- und Mittelbetrieben meinte Hirnschall, es hätte durchaus Ansätze auf Bundesebene gegeben, doch seien die Kammerumlagen für die Betriebe gleichzeitig erhöht worden. Durch eine bessere Kooperation der Wirtschaft mit der Wissenschaft, in Form von Technologieparks und Gründerzentren, könne man die Ressourcen besser nutzen. Die Stadt Wien müsse in diesem Bereich aber Hilfestellung geben.

Zur Privatisierung von Holding-Betrieben erklärte Hirnschall, daß die eine oder andere Beteiligung ernsthaft zu diskutieren sei, daß aber gewinnbringende und gutarbeitende Betriebe nicht um einer puren Prinzipienreiterei willen verkauft werden müßten. (Forts.)

jel/rr

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Dringliche Anfrage "Wirtschaftsinitiative für Wien"

43 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Komm. Rat SCHMIDTMEIER (SPö) erinnerte daran, daß mit Beginn der 70er Jahre in der Öffentlichkeit ein starkes Wirtschaftsbewußtsein eingesetzt habe. Probleme wie die Energiekrise, die zu einer Energiepreiskrise geworden ist, Währungsparitäten, die sich sprunghaft geändert haben, Märkte, die durch Kooperation größer geworden sind - all das habe dazu geführt, daß die Wirtschaft zwar komplizierter, aber auch interessanter geworden ist. "Good News" wurden nicht zuletzt durch die Massenmedien uninteressant, Neid und Mißerfolge dagegen immer mehr hochgespielt. Das führte dazu, daß das Gefühl der Menschen über die Wirtschaftslage viel schlechter ist, als es den Tatsachen entspricht. Österreich hat eine Arbeitslosenrate von nur 4,7 Prozent, die Preissteigerung macht nur drei Prozent aus, die Exportrate weist ein Plus von 14,5 Prozent auf. Angesichts dieser Entwicklung finde er es unverantwortlich von der öVP, von einer Wirtschafts- und Staatskrise zu sprechen. Wer so argumentiere, meinte Schmidtmeier, der könne doch nur wollen, daß man keinen Erfolg hat. Gerade auf wirtschaftlichem Gebiet funktioniere die Zusammenarbeit, und er könne nicht verstehen, weshalb sie jetzt von der öVP gefährdet wird. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Dringliche Anfrage: Wirtschaftsinitiativen für Wien

44 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (öVP) bedauerte die zahlreichen Debakel, die in den letzten Monaten die österreichische Wirtschaft erschüttert haben. Die Vorkommnisse bei der VOEST und der Intertrading gefährden nicht nur zahlreiche Arbeitsplätze, auch eine Reihe kleiner und mittlerer Betriebe wurden durch die Geschäftspraktiken der Intertrading in den Ruin getrieben. Es sei auch bedauerlich, daß durch den Wirbel bei der VOEST keine Debatte über die österreichische Bauwirtschaft stattgefunden habe. Hahn kritisierte, daß zwar Millionenbeträge für Straßen-, Garagen- und für den Wohnungsbau bereitgestellt werden, diese jedoch wegen mangelnder Koordination nicht ausgenützt werden könnten. Im Sinne der oft kritisierten Ankündigungspolitik sei beispielsweise zwar die Rede von 851 Millionen Schilling für den Wiener Straßenbau, es sei jedoch zu bezweifeln, daß diese Gelder heuer wirklich in Anspruch genommen werden. Wenn die vorhandenen Mittel wirklich eingesetzt würden, wäre die Arbeitslosenrate gerade in der Baubranche nicht so enorm hoch. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Dringliche Anfrage: Wirtschaftsinitiative für Wien

45 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Auch der öVP liege viel daran, sagte GR. Ing. MANDAHUS (öVP), daß die Bauarbeiter wieder Beschäftigung finden. Die auftragsschwache Zeit bringe für die Bauwirtschaft große Probleme, die in den guten Zeiten nur schwer kompensiert werden können. Angesichts der Ankündigungen des Bautenministers sei nicht damit zu rechnen, daß vom Budget wesentliche Wirtschaftsimpulse ausgehen können. Die Bauwirtschaft habe in den letzten Jahren 50.000 Arbeitsplätze verloren, das entspreche der Hälfte des ÖIAG-Bereiches. Die Staatsschuldenrückzahlungen samt Zinsen seien größer als das Bauvolumen eines Jahres. Wichtig für die Bauwirtschaft sei die Stadtreparatur, sie werde jedoch um viele Jahre zu spät von der SPÖ in Angriff genommen und laufe in Wien derzeit auch nur langsam an. An Vorschlägen für eine Verbesserung der gegenwärtigen Situation der Bauwirtschaft nannte Mandahus: Erhöhung der Wertgrenze von 500.000 Schilling für öffentliche Ausschreibungen, steuerliche Gleichstellung der Sanierung mit dem Neubau, Änderung der vorzeitigen Abschreibung für Investitionen und die Einführung einer Jahresarbeitszeit im Baugewerbe. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Dringliche Anfrage: Wirtschaftsinitiative für Wien

46 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Man habe mit der Forderung nach steuerlicher Gleichstellung von Stadterneuerungs- und Neubaumaßnahmen beim Bund bisher keinen Erfolg gehabt, erklärte Vizebürgermeister Mayr in seiner Anfragebeantwortung. Bezüglich steuerlicher Maßnahmen zur Belebung der Investitionstätigkeit und der Entlastung für Klein- und Mittelbetriebe, sagte Mayr, seien umfangreiche Verhandlungen notwendig. Zur Gründung eines eigenen Forschungs- und Entwicklungsförderungsfonds unterstrich Mayr, daß der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds diese Aufgabe gut erfülle. So stünden heuer für Innovationen im Rahmen des Fonds wie auch schon im Vorjahr rund 79 Millionen Schilling zur Verfügung, im Rahmen der Holding seien es 20 Millionen. Zur Privatisierung einzelner Holding-Betriebe meinte Mayr, er werde einen Ausverkauf gewinnbringender Unternehmen nicht gestattet. Bei zahlreichen Betrieben habe man die Kooperation mit privaten Unternehmen gesucht und gefunden.

Die öVP, schloß Mayr, werde mit ihrer Forderung die strukturellen Probleme der Wiener Wirtschaft nicht lösen können, dazu sei eine deutliche Verbesserung der Infrastruktur als eine Basis, auf der alle Wiener Unternehmen gedeihen könnten, notwendig, nicht nur ein Anstellen um Leistungen der öffentlichen Hand.

Der Wiener Gemeinderat schloß um 21.55 Uhr. (Schluß) jel/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN